

Niederschrift

über die 14. Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Liegenschaften

Sitzungstag: 27.11.2018
Sitzungsort: Sitzungssaal des Rathauses
Sitzungsdauer: 16:00 Uhr bis 17:53 Uhr

Teilnehmerverzeichnis:

Vorsitzender
Eden, Stephan

Ausschussmitglieder
Bunjes, Gertrud
Funk, Harry, Dr.
Rasenack, Marianne
Schüdzig, Herbert
Theemann, Hendrik
Thomßen, Almuth

Vertretung für Herrn Leon von Ewegen

Verwaltung
Albers, Jan Edo, Bürgermeister
Hoffmann, Jana
Jones, Stephen
Rüstmann, Dietmar

Gäste
Janßen, Dieter
Oltmanns, Karl

Entschuldigt waren:

Stellvertretender Vorsitzender
von Ewegen, Leon

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

TOP 1. Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 16 Uhr.

TOP 2. Feststellen der ordnungsgemäßen Ladung und der anwesenden Ausschussmitglieder

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Anwesenheit der oben genannten Ausschussmitglieder fest.

TOP 3. Feststellen der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

TOP 4. Feststellen der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird wie vorgelegt beschlossen.

TOP 5. Einwohnerfragestunde - Sitzungsunterbrechung -

An der Sitzung haben keine Bürger teilgenommen.

Zuständigkeit des Rates:

**TOP 6. Antrag auf Abschaffung der Familienförderung für den Erwerb von Immobilien
Vorlage: BV/0656/2016-2021**

RH Funk erklärt, die CDU habe den Antrag zusammen mit der FDP und den Grünen gestellt, da der Bund inzwischen genügend Zuschüsse gewähren würde, um diese freiwillige Leistung der Stadt abzuschaffen.

RF Rasenack pflichtet einer Abschaffung der Familienförderung bei, möchte nur nicht, dass die Mittel hierfür gestrichen werden, sondern in die Spielleitplanung übertragen werden sollen, damit diese weiterhin Familien und Kindern zugute kämen.

RH Theemann spricht sich für eine Streichung ohne anderweitige Verwendung der Mittel im Haushalt aus. Er sei gegen eine Umschichtung auf die Spielleitplanung. Gegebenenfalls fehlende Mittel könnten bei Bedarf auch noch nachträglich zur Verfügung gestellt werden. Es sei auch gut für die Bürger, das Geld einfach nur einzusparen.

RH Schüdzig meinte, die SWG werden den Antrag der SPD, die Gelder in die Spielleitplanung zu investieren, nicht unterstützen, da sie bei dem Ausbau des Radweges an der L813 den größeren Bedarf sehe.

Bürgermeister Albers unterstützt sowohl den Antrag zur Abschaffung der Familienförderung als auch den Antrag zur Verwendung der Mittel für die Spielleitplanung. Auch beim Mehrgenerationenspielplatz sei bereits jetzt schon abzusehen, dass die zur Verfügung gestellten Mittel nicht ausreichen würden.

RF Bunjes pflichtet Bürgermeister Albers bei. Familien sollten ihrer Meinung nach auch weiterhin gefördert werden. Eine Mittelverwendung beim Mehrgenerationenspielplatz sei ein Signal, dass Jever auch weiterhin Investitionen tätige, die insbesondere Familien zugute kämen, dieses aber in einer Form, die breitere Schichten erreiche.

Auch **RF Thomßen** spricht sich für eine Aufstockung der Mittel beim Mehrgenerationenspielplatz aus. Hier würde auch etwas für die Senioren getan, die in unserer Gesellschaft nicht zu kurz kommen dürften.

RH Funk vertritt die Meinung, die beiden Themen müssten getrennt voneinander behandelt werden. Zunächst einmal müsse entschieden werden, die Familienförderung abzuschaffen. Anschließend könne man beim TOP 7, Haushalt 2019, eine Aufstockung der Mittel für die Spielplatzplanung beantragen, ohne die beiden Themen miteinander zu vermischen.

Sodann lässt **der Vorsitzende** über den Antrag abstimmen, die Familienförderung ab dem Haushaltsjahr 2019 abzuschaffen.

Abstimmung: einstimmig beschlossen Ja 7

TOP 7. Haushalt 2019 **Vorlage: BV/0659/2016-2021**

VA Rüstmann führt anhand des Vorberichts zum Haushalt 2019 ausführlich in den Sachverhalt ein. Ergänzend zur Haushaltssatzung erklärt er, die Kommunen seien von der Kommunalaufsicht aufgefordert worden, eine Wertgrenze für Neuinvestitionen festzulegen, ab der ein Wirtschaftlichkeitsvergleich der Alternativen durchgeführt werden müsse. Verwaltungseitig werde vorgeschlagen, diese Wertgrenze gem. § 12 Abs. 1 Satz 1 KomHKVO auf 600.000 € festzusetzen.

RF Bunjes erkundigt sich, warum ein Auto für den neuen Hausmeister und ein Baumkataster angeschafft werden müssten.

VA Rüstmann weist darauf hin, dass der Hausmeister für mehrere städtische Immobilien zuständig sein werde, für die bislang externe Firmen oder der Baubetriebshof in Anspruch genommen worden seien. Es sei notwendig, ihm ein Auto zur Verfügung zu stellen, mit dem Werkzeug und Material transportiert werden könne.

Zum Thema Baumkataster erklärt er, es habe bislang auch eines gegeben, jedoch biete dieses nur mit reichlich Mehraufwand die Möglichkeiten einer rechtssicheren Dokumentation.

RH Theemann interessiert sich dafür, ob die Möglichkeit einer gemeinsamen Beschaffung mit Nachbarkommunen in Frage kommen würde, um den Preis zu senken.

VA Rüstmann erklärt, die Anfrage weiterzuleiten.

(Anmerkung der Verwaltung: Lt. Herrn Klein, Bauamt der Stadt Jever und Nachfolger von Herrn Bleck, ist die zu erwerbende Software ein Modul der schon vorhandenen Software für die Spielplatzkontrollen. Nach Einholung mehrerer Angebote war dieses das wirtschaftlichste.)

RF Rasenack erkundigt sich danach, ob die Mehrkosten von ca. 50.000 € beim Produkt Märkte mit der Stromversorgung zusammen hängen würden.

VA Rüstmann bejaht dies.

Bürgermeister Albers fügt hinzu, dass es sich hierbei nicht um abschließende Zahlen handeln würde, da die Ausschreibung für die Leistung noch nicht abgeschlossen sei.

RF Rasenack möchte wissen, warum es eine Kostenveränderung im Bereich Sportförderung gebe und das Defizit beim Reisemobilstellplatz noch immer so hoch sei.

VA Rüstmann nennt als Ursache für die Kostenveränderung bei der Sportförderung, dass die neue Sportanlage des FSV künftig vom Landkreis Friesland bewirtschaftet werde. Zum Thema Reisemobilstellplatz führt er aus, dass die notwendig Reinigung und Papierkorbleerungen durch den Bauhof sowie Abschreibungen zu dem Defizit führten. Eventuell könnte eine Kostenreduzierung nach Aufstellen des Ticket-Automaten erreicht werden.

RH Schüdzig erklärt, die SWG werde den Haushalt mittragen, wünsche sich jedoch für das nächste Jahr die Bereitstellung von Geldern für den Ausbau der Barrierefreiheit in der Stadt.

RF Rasenack stellt den Antrag, den Ansatz für Spielgeräte aus der Spielleitplanung (I1.419007.510.001) im Haushalt 2019 um 50.000 € auf 100.000 € zu erhöhen.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.

Abstimmung: mehrheitlich beschlossen Ja 5, Nein 2

RF Bunjes berichtet, seit im Jahr 2012 Grundstücke am Verbindungsweg der Langelandstraße mit der Addernhausener Straße gekauft worden seien, stagniere die Planung, den Weg für den Radverkehr herzustellen. Bis heute sei hier nichts passiert.

Darum stelle sie den Antrag, den Ausbau des Radweges Langelandstraße mit 15.000 € in den Haushalt 2019 aufzunehmen.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.

Abstimmung: mehrheitlich abgelehnt Ja 2, Nein 4, Enthaltung 1

RF Bunjes stellt anschließend den Antrag, 12.000 € für das Aufstellen von Straßenlaternen auf dem Weg zum Basketball- Skater- und Mehrgenerationenplatz (Dr.-Fritz-Blume-Weg – nördlicher Teil) in den Haushalt 2019 aufzunehmen.

RH Schüdzig ist der Meinung, es sollten erst die alten Anträge, wie beispielsweise die Straßenbeleuchtung bei der Wohnungsbau in der Adolf-Ahlers-Straße, abgearbeitet werden.

RH Funk unterstützt den Antrag der SPD, ist aber auch der Meinung, dass Projekte wie die Beleuchtung in der Adolf-Ahlers-Straße nicht in Vergessenheit geraten dürften.

RH Schüdzig erklärt, er werde dem Antrag zustimmen, wenn die Beleuchtung in der Adolf-Ahlers-Straße im Gegenzug in der Prioritätenliste ganz nach oben rücken würde.

RH Funk meint, dies könne nur im zuständigen Fachausschuss beraten werden.

Sodann lässt **der Vorsitzende** über den Antrag abstimmen.

Abstimmung: mehrheitlich beschlossen Ja 6, Nein 1

RF Rasenack berichtet von massiven Verkehrsbeeinträchtigungen im Bereich der Jahnstraße. Sie stellt den Antrag, die Anbindung der Jahnstraße mit 80.000 € in den Haushalt 2019 aufzunehmen.

RH Theemann meinte, man solle diese Maßnahme nicht übereilen und erst ausprobieren, ob überhaupt eine Notwendigkeit des Ausbaus der Anbindung bestehen würde.

RF Bunjes ist der Meinung, man müsse den Verkehr an dieser Stelle entzerren, um keine Verkehrsteilnehmer zu gefährden.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.

Abstimmung: mehrheitlich abgelehnt Ja 2, Nein 4, Enthaltung 1

Beschlussvorschlag:

Der Entwurf des Haushaltes 2019 wird als Satzung beschlossen.

Abstimmung: mehrheitlich beschlossen: Ja 5 Enthaltung 2

**TOP 7.1. Radweg L 813 - Bereitstellung von Haushaltsmitteln im Haushalt 2019;
Antrag der SWG-Fraktion vom 09. Oktober 2018
Vorlage: AN/0633/2016-2021**

RH Schüdzig meint, der Bau des Radweges an der L138 werde schon seit Jahren diskutiert und müsse nun endlich realisiert werden. Er beantragt darum im Namen der SWG, im Haushalt 2019 Mittel für die Planung des Radweges entlang der L813 einzustellen.

RF Bunjes pflichtet ihm bei, erklärt aber, dass eine Realisierung für sie nur im Zusammenhang mit Zuschüssen vom Land in Betracht kommen werde. Sie macht den Vorschlag, die Verwaltung könne bereits jetzt beauftragt werden, Vorgespräche mit den Anwohnern zu führen, um deren grundsätzliche Bereitschaft zum Verkauf der Flächen in Erfahrung zu bringen.

RF Rasenack ist der Meinung, die Verwaltung habe in der Vorlage gut herausgearbeitet, dass es nicht sinnvoll sei, Mittel einzusetzen, wenn im Moment keine Zuschüsse fließen würden.

Auch **RH Funk** meint, die Verwaltung könne die Anwohner nach deren Verkaufsbereitschaft befragen; aus eigenen Mitteln sei dieser Radweg an einer fremden Straße jedoch nicht zu realisieren.

Bürgermeister Albers erklärt, diese Maßnahme würde nicht in Vergessenheit geraten, da sie ihren Platz im Masterplan habe. Er rät jedoch, sich zunächst auf die aktuellen Schwerpunkte zu konzentrieren und den Sachstand in Bezug auf die Zuschüsse beizeiten erneut zu prüfen.

RH Theemann schließt sich der Meinung von RH Funk an und schlägt vor, dass die Verwaltung zunächst mit den Anwohnern sprechen solle. Die Ergebnisse dieser Gespräche könnten im Bauausschuss diskutiert werden.

Der Vorsitzende äußert seine Meinung dahingehend, dass es nicht zu vertreten sei, Arbeitskraft der Verwaltung, die ohnehin knapp bemessen sei, für eine Maßnahme zu binden, die ohne Zuschüsse sowieso nicht realisiert werde.

Anschließend lässt er über den Antrag abstimmen.

Abstimmung: mehrheitlich abgelehnt Ja 1, Nein 6

**TOP 7.2. Entwurf des Haushaltes 2019;
Streichung des Ansatzes für E-Pkw-Ladestationen
Antrag der SWG-Fraktion vom 15. November 2018
Vorlage: AN/0665/2016-2021**

RH Schüdzig meint, das Vorhalten von E-PKW-Stationen sei nicht Aufgabe der Stadt. Hier seien die Energieanbieter zuständig. Aus diesem Grund beantragt er im Namen der SWG, die Haushaltsposition in Höhe von 15.000 € für die Anschaffung für E-PKW-Ladestationen aus dem Entwurf des Haushaltes 2019 zu streichen.

RF Bunjes möchte, dass der Ansatz im Haushalt 2019 verbleibt, da man ihrer Meinung nach die Entwicklung der Automobilindustrie im Auge haben müsse.

VA Rüstmann weist darauf hin, dass sich der ursprüngliche Antrag der SWG sowohl auf die Streichung des Ansatzes als auch auf die Verwendung der Mittel für den Radweg an der L813 beziehen würde. Da die Bereitstellung von Haushaltsmitteln für den Radweg in den Haushalt 2019 durch die vorherige Abstimmung abgelehnt worden sei, müsse nun konsequenterweise zunächst der ursprüngliche Antrag abgelehnt und anschließend separat über die Streichung der Mittel für die Anschaffung der E-Stationen abgestimmt werden.

Der Vorsitzende lässt sodann über den ursprünglichen Antrag abstimmen.

Abstimmung: mehrheitlich abgelehnt Ja 1, Nein 6

Anschließend stellt **RH Funk** im Namen der CDU den Antrag, die 15.000 € für die E-PKW-Ladestationen aus dem Haushalt 2019 zu streichen.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.

Abstimmung: mehrheitlich beschlossen Ja 4, Nein 3

**TOP 7.3. Erhalt der biologischen Vielfalt in Jever;
Bereitstellung von Mitteln im Haushalt 2019
Antrag der SWG-Fraktion vom 14. November 2018
Vorlage: AN/0664/2016-2021**

Bürgermeister Albers ist der Ansicht, die Verwaltung habe im Haushalt 2019 bereits einen ausreichenden Ansatz für grünpflegerische Maßnahmen eingeplant. Auch die Fachabteilung sei der Meinung, eine Erhöhung des Ansatzes sei nicht zwingend notwendig.

RF Thomßen erkundigt sich, ob für Maßnahmen wie zum Beispiel die Errichtung eines Vorstadtwaldes auch genügend Mittel zur Verfügung stehen würden.

VA Rüstmann verneint dies.

RH Theemann spricht sich gegen den Antrag aus. Er vertraue hier auf die Einschätzung der Verwaltung, dass der Ansatz ausreichen werde.

RH Funk schließt sich seinem Vorredner an.

RH Schüdzig konkretisiert seinen Antrag in Bezug auf den Betrag. Es sollen demnach zusätzlich 10.000 € ausschließlich für das Pflanzen von Bäumen im Haushalt 2019 vorgesehen werden.

Der Vorsitzende lässt über den geänderten Antrag abstimmen.

Mehrheitlich abgelehnt Ja 2, Nein 5

Sodann lässt **der Vorsitzende** über den Beschlussvorschlag zum Haushalt 2019 mit den vorstehenden Änderungen abstimmen. Die Änderungen sind dem Protokoll als Übersicht beigefügt.

- TOP 8.** **9. Satzung der Stadt Jever über die Erhebung der Abgaben der Abwasserbeseitigung.**
a) **Gebührenkalkulation 2019 für die Schmutzwassergebühr.**
b) **Gebührenkalkulation 2019 für die Niederschlagswassergebühr.**
c) **Satzungsbeschluss.**
Vorlage: BV/0653/2016-2021

VA Rüstmann führt ausführlich in den Sachverhalt ein. Er ergänzt die Vorlage um die Information, dass ein Fachanwalt beauftragt worden sei, eine Klage vorzubereiten, die für den Bereich des Gebietes des ehemaligen Fliegerhorstes, der zu Jever gehöre, einen Anschluss- und Benutzungszwang nach Jever feststelle.

Der Vorsitzende lässt anschließend über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

- a) *Die vorgelegte Gebührenbedarfsberechnung für die Schmutzwassergebühr der kostenrechnenden Einrichtung Abwasserbeseitigung wird mit Zustimmung zur Kenntnis genommen. Die Gebühr wird auf 3,01 €/m³ erhöht.*
- b) *Die vorgelegte Gebührenbedarfsberechnung für die Niederschlagswassergebühr der kostenrechnenden Einrichtung Abwasserbeseitigung wird mit Zustimmung zur Kenntnis genommen. Die Gebühr bleibt mit 0,41 €/m² unverändert.*
- c) *Die im Entwurf vorliegende 9. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung der Abgaben für die Abwasserbeseitigung der Stadt Jever vom 10.12.2009 wird als Satzung beschlossen.*

Abstimmung: einstimmig beschlossen Ja 7

- TOP 9.** **Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Straßenreinigung a) Gebührenkalkulation für das Haushaltsjahr 2019 b) Satzungsbeschluss**
Vorlage: BV/0661/2016-2021

Bürgermeister Albers führt in den Sachverhalt ein.

RH Funk erkundigt sich danach, ob sich aufgrund der Ausschreibung tatsächlich nur eine Firma um den Auftrag zur Straßenreinigung beworben habe und ob die Ausschreibung unter diesen Umständen nicht aufgehoben und erneut veröffentlicht werden könne.

Bürgermeister Albers bestätigt, dass sich lediglich eine Firma an der Ausschreibung beteiligt habe. Er erklärt, dass der Preisanstieg unter anderem mit den neuen gesetzlichen Regelungen zur Entsorgung des Straßenkehrschlammes zusammenhänge, und man bisher Glück gehabt habe, einen guten Preis erhalten zu haben.

RH Theemann erkundigt sich nach der Option, sich auf Kreisebene mit anderen Gemeinden zusammenzuschließen, um beispielsweise gemeinsam ein Straßenreinigungsfahrzeug zu kaufen und die Kosten zu teilen.

Bürgermeister Albers erklärt, die Voraussetzung für einen Zusammenschluss sei zunächst einmal das Vorhandensein der Leistung Straßenreinigung, was nicht bei allen Gemeinden im Umkreis zutrefte. Schortens habe diese beispielsweise nicht.

RH Theemann interessiert sich dafür, ob die Ausschreibung durch den Rat noch aufzuheben sei.

Bürgermeister Albers meint, dies sei denkbar, würde jedoch eine sehr gute Begründung erforderlich machen. In dem Fall müsse die neue Ausschreibung zum 1. Juli 2019 erfolgen. Dies hätte allerdings auch zur Folge, dass im ersten Halbjahr 2019 keine Straßenreinigung durchgeführt werden könnte.

Der Vorsitzende lässt sodann über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

- a) *Die vorgelegte Gebührenbedarfsberechnung der Straßenreinigung für das Haushaltsjahr 2019 wird mit Zustimmung zur Kenntnis genommen. Die Gebühr wird erhöht auf 1,98 EUR je Fegemeter.*
- b) *Die im Entwurf vorliegende 19. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die Straßenreinigung der Stadt Jever vom 20.12.1984, zuletzt geändert am 10.12.2015, wird als Satzung beschlossen.*

Abstimmung: einstimmig beschlossen Ja 7

TOP 10. **Satzung über die Erhebung von Standgeldern auf den Märkten der Stadt Jever;**

a) **Gebührenkalkulation für das Haushaltsjahr 2019**

b) **Satzungsbeschluss**
Vorlage: BV/0654/2016-2021

Der Vorsitzende stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

- a) *Die vorgelegte Gebührenbedarfsberechnung der Marktgebühren (Wochenmarkt) für das Haushaltsjahr 2019 wird mit Zustimmung zur Kenntnis genommen. Die Gebühr sinkt auf 1,60 EUR/lfm.*
- b) *Die im Entwurf vorliegende 8. Satzung zur Änderung der Satzung zur Erhebung von Standgeldern auf den Märkten der Stadt Jever (Marktstättegelder) vom 25.10.2001, zuletzt geändert am 15.12.2016, wird als Satzung beschlossen.*

Abstimmung: einstimmig beschlossen Ja 7

Zuständigkeit des Verwaltungsausschusses:

Eigene Zuständigkeit:

TOP 11. Genehmigung des Protokolls Nr. 13 vom 15. Oktober 2018 - öffentlicher Teil -

Das Protokoll wird mit 5 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen wegen Nichtteilnahme genehmigt.

TOP 12. Mitteilungen der Verwaltung

Keine.

TOP 13. Anfragen und Anregungen

Keine.

TOP 14. Schließen der öffentlichen Sitzung

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

Genehmigt:

Stephan Eden

Vorsitzende/r

Jan Edo Albers

Bürgermeister

Jana Hoffmann

Protokollführer/in